

A15 Berliner Sozial-, Wirtschafts- und Arbeitspolitik – aber basiert!

Antragsteller*in: Elias Joswich, Dustin Eikmeier

Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

Antragstext

- 1 In der Politik ist alles eine Frage des Wollens. Ein löchriger Sozialstaat; eine
- 2 Wirtschaft, die vor allem die stärksten Player fördert; ein Arbeitsmarkt, auf
- 3 dem die*der Otto-Normal-Arbeitnehmer*in viel zu oft das Nachsehen hat – das
- 4 alles ist kein Naturgesetz, sondern eine Frage des politischen
- 5 Veränderungswillens. Dabei ist unser Grundsatz in jeder Frage klar: der Mensch,
- 6 seine unverletzliche Würde bildet den Grundstein unseres politischen Handelns.
- 7 Dieser Grundsatz bezieht selbstverständlich auch alle Menschen ein, die noch
- 8 nach uns kommen werden.
- 9 Sozialpolitik: Geld her, Bürokratie runter
- 10 Soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit sind in Deutschland der gesetzlich
- 11 zugesicherte Anspruch der Sozialgesetzgebung. Dieses Bekenntnis ist für viele
- 12 Menschen aber nicht mehr als ein schlechter Witz. Wer mit offenem Herzen durch
- 13 Berlin geht, dem ist vollkommen klar: Unser soziales Netz ist so löchrig wie ein
- 14 Schweizer Käse. Unsere Forderung ist deshalb simpel und scheint für viele
- 15 Politiker*innen doch unvorstellbar: Die Würde des Menschen ist unantastbar.
- 16 Darauf bezieht sich auch der Grundsatz unserer Sozialgesetzgebung. Dem müssen
- 17 wir gerecht werden.
- 18 Ein Grundstein dafür ist, dass soziale Arbeit endlich ausfinanziert wird. Der
- 19 Staat darf sich nicht länger darauf verlassen, dass das Gebilde aus einer
- 20 handvoll Hauptamtlichen zusammen mit unzähligen Ehrenamtler*innen es schon
- 21 richten wird. Zu einer angemessenen Finanzierung gehört auch, dass das
- 22 Zuwendungsrecht reformiert wird: Wir fordern eine mehrjährige Projektförderung
- 23 als Standard und mehr Vertrauen in die Träger. Es kann nicht sein, dass im
- 24 Rahmen des Zuwendungsrechts ein gigantischer Verwaltungsaufwand entsteht, der
- 25 wichtige Kapazitäten bindet.
- 26 Die sozialen Problemlagen unserer Stadt drehen sich meist um Armut, Drogenkonsum
- 27 sowie Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Dabei sind alle drei Kategorien oft in sehr
- 28 komplexen Strukturen eng miteinander verbunden. Einerseits erkennen wir an, dass
- 29 die vorherrschende Form des Kapitalismus ein Grundproblem für die Lösung dieser
- 30 Problemlagen darstellt. Andererseits sind wir uns bewusst, dass abstrakte

31 Kapitalismuskritik den Menschen vor Ort nicht hilft. Deshalb fordern wir eine
32 Vielzahl konkreter, landespolitischer Maßnahmen:

- 33 • Ausbau der Schnittstellen im Hilfesystem
- 34 • Bessere Abstimmung von Versorgungsstrukturen Psychiatrie, Suchthilfe und
35 Wohnungslosenhilfen
- 36 • Einsatz von persönlichen Hilfen nach § 67 ff. SGB XII und
37 Eingliederungshilfen als Standard
- 38 • Klarer Fokus auf mobile Arbeit und aufsuchende Angebote
- 39 • Bereitstellung von Wohnraum als erste Maßnahme
- 40 • Angebote für Menschen mit ungeklärten sozialrechtlichen Ansprüchen
- 41 • Angebote, bei denen explizit nicht nach sozialrechtlichen Ansprüchen
42 geschaut wird
- 43 • Stadtteilzentren in allen Prognoseräumen sowie Ausbau weiterer
44 nachbarschaftlicher Sozialangebote
- 45 • Vorrang von sozialen Einrichtungen bei Gewerbemietverträgen
- 46 • Mehr personelle Kapazitäten für die Sozialämter
- 47 • Keine Bezahlkarten im sozialpolitischen Kontext
- 48 • Landesprogramm zur Übernahme von "weißer Ware" (Haushaltsgeräte), die vom
49 Bürgergeld nicht übernommen wird

50 Inklusion ist Menschenrecht

51 Inklusion ist kein nice to have, sondern ein Grundrecht. Deshalb setzen wir uns
52 für den Ausbau unabhängiger Beratungsstellen ein, die Menschen unterstützen, ihr
53 Recht auf Teilhabe durchzusetzen.

54 Für die gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben ist unter anderem der
55 Abbau von Barrieren im öffentlichen Raum und in öffentlichen Gebäuden zentral.
56 Die Barrierefreiheit ist kein abstraktes Ziel für eine ferne Zukunft, sondern
57 ein konkreter Handlungsauftrag. Für öffentliche Gebäude bedeutet das
58 beispielsweise, dass hier auch der Denkmalschutz teils zurücktreten muss.
59 Außerdem brauchen wir ein Sonderprogramm, das den barrierefreien Umbau aller S-
60 und U-Bahn-Stationen in Berlin ermöglicht.

61 Eine weitere Priorität für uns ist die Teilhabe im Arbeitsleben. Das Ziel ist
62 hier immer, dass alle, die am ersten Arbeitsmarkt teilnehmen wollen, auch ein
63 Recht darauf haben. Dazu gehört, dass in Werkstätten ein fairer Lohn gezahlt
64 wird, aber auch, dass Werkstätten zur Zwischenstation hin zum ersten
65 Arbeitsmarkt weiterentwickelt werden.

66 Schon jetzt sind Unternehmen mit mehr als 20 Mitarbeiter*innen dazu
67 verpflichtet, wenigstens auf fünf Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderte
68 Menschen zu beschäftigen. Doch durch die Möglichkeit der Ausgleichszahlung

69 drücken sich viele Unternehmen vor ihrer Verantwortung. Die Möglichkeit einer
70 Ausgleichszahlung wollen wir deshalb für Unternehmen mit mehr als 50
71 Angestellten streichen. Bleiben diese Unternehmen mittelfristig unter der 5-
72 Prozent-Hürde, soll stattdessen eine deutlich höhere monatliche Strafzahlung
73 greifen.

74 Wirtschafts- und Arbeitspolitik, aber auf vernünftig

75 Wirtschaftspolitik und der Einsatz für gute Arbeit gehen für uns Hand in Hand.
76 Deshalb wollen wir für ein zentrales Werkzeug der Berliner Wirtschaftspolitik –
77 die Wirtschaftsförderung – klare Standards setzen. Unser Fokus liegt auf
78 Unternehmen, die nachhaltig wirtschaften, hohe soziale Standards einhalten und
79 aktiv die Klimakrise bekämpfen. Besonders kleine und/oder gemeinwohlorientierte
80 Unternehmen wollen wir dabei unterstützen, gegen die Marktmacht von globalen
81 Playern und Großunternehmen zu bestehen. Es geht uns darum, Unternehmen zu
82 fördern, die einen Mehrwert für die Stadtgesellschaft haben – und nicht die
83 nächste Cashcow von irgendwelchen BWL-Tech-Bros. Die Wirtschaftsförderung für
84 Rüstungsprojekte schließen wir grundsätzlich aus.

85 Wie in der Wirtschaftspolitik allgemein wollen wir auch in der Kreativwirtschaft
86 verstärkt auf die Förderung von kleinen und/oder gemeinwohlorientierten
87 Unternehmen setzen. Denn auch in der Kreativwirtschaft haben große Unternehmen
88 oft eine absolute Marktmacht, die sie schamlos ausnutzen. Um kleine und/oder
89 gemeinwohlorientierte Unternehmen zu unterstützen, wollen wir branchen-gerechte,
90 landeseigene Förderzentren gründen. Ein Beispiel ist hier ein landeseigenes
91 House of Games. Durch die Etablierung eines solchen, landeseigenen Inkubators
92 könnten wir gezielt Neugründungen beziehungsweise kleine Studios durch
93 Beratungsangebote, Bürofläche und gemeinschaftliches Arbeitsmaterial
94 unterstützen. Selbstverständlich müssen Unternehmen, die ein solches Angebot
95 nutzen, einem hohen Sozial- und Umweltstandard gerecht werden.

96 Wir unterstützen Arbeiter*innen in ihrem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen
97 und Löhne. Diese Zusage darf kein Lippenbekenntnis sein. Es geht darum, konkrete
98 politische Maßnahmen zu suchen und zu ergreifen. Besondere Priorität haben für
99 uns Arbeitnehmer*innen in sozialen Berufsfeldern und in Ausbildungsberufen.
100 Politische Hebel können hier unter anderem die Wirtschaftsförderung und das
101 Ausschreibungsrecht für öffentliche Aufträge sein. Zentral ist, dass
102 landeseigene Betriebe in Sachen Arbeitnehmer*innenrechte mit gutem Beispiel
103 vorangehen.

Begründung

Dieser Antrag ergänzt und präzisiert unsere Beschlusslage mit Blick auf die Verhandlungen des Berliner Landeswahlprogramms 2026 in den Bereichen Finanzen, Verwaltung, Digitales und Bezirke.